SPOT ON

Stormy-Annika Mildner, Emily Haas, Kimberly Locher, Laurenz Röll

Trumponomics: Wirtschaftspolitik als Systembruch

October 2026

Steuersenkungen und Staatsinterventionismus, Deregulierung und politische Kontrolle, Protektionismus und wirtschaftliche Expansion: Trumponomics vereint wirtschaftspolitische Ansätze, die auf den ersten Blick kaum zusammenpassen. Dahinter steht jedoch das Ziel, die wirtschaftliche Stärke der USA auszubauen, industrielle Produktion zurückzuholen und strategische Abhängigkeiten zu reduzieren. Präsident Donald Trump verbindet dafür klassische angebotsorientierte Wirtschaftspolitik mit wirtschaftlichem Nationalismus und einer zunehmend machtpolitisch ausgerichteten Handels- und Industriepolitik. Die bisherige Bilanz fällt ambivalent aus: Die US-Wirtschaft profitiert weiterhin von hoher Innovationskraft und dem KI-Boom, zugleich wachsen die Risiken durch steigende Staatsverschuldung, protektionistische Eingriffe und politische Einflussnahme auf unabhängige Institutionen. Die erhoffte industrielle Renaissance ist bislang ausgeblieben. Für Deutschland und Europa bedeutet Trumponomics eine tiefgreifende Veränderung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen. Die USA bleiben unverzichtbarer Partner, handeln jedoch zunehmend unilateral und transaktional. Damit wächst für Europa der Druck, Wettbewerbsfähigkeit und strategische Resilienz zu stärken, ohne wirtschaftliche Offenheit und internationale Kooperation aufzugeben.

„During every single day of the Trump administration, I will, very simply, put America first (White House 2025)." Mit diesen Worten brachte Donald Trump in seiner Antrittsrede im Januar 2025 eine Leitidee auf den Punkt, die seine Außen- und Wirtschaftspolitik gleichermaßen prägt. Der 47. Präsident der Vereinigten Staaten knüpft damit nahtlos an die wirtschaftspolitische Agenda seiner ersten Amtszeit an und setzt zugleich die Abkehr von der wirtschaftsliberalen Tradition fort, die die USA seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs maßgeblich geprägt hat.

In weiten Teilen folgt Trumps Wirtschaftspolitik klassischen angebotsorientierten Vorstellungen der Republikanischen Partei. Umfangreiche Unternehmenssteuersenkungen und Deregulierung sollen Investitionen anregen, Unternehmen entlasten und so das Wirtschaftswachstum fördern. Zugleich weicht Trump deutlich von der traditionellen republikanischen Wirtschaftspolitik ab. Während frühere republikanische Regierungen maßgeblich auf Marktkräfte und Liberalisierung setzten, greift seine Administration gezielt in wirtschaftliche Entwicklungen ein und bestimmt, welche Branchen und Produktionszweige von staatlicher Unterstützung profitieren sollen. Fossile Energien, die Stahlin-

dustrie, der klassische Automobilbau und die Rüstungsindustrie gelten dabei als strategische Pfeiler nationaler Stärke. Zur Förderung dieser Industrien und zur Ankurbelung der Wirtschaft nimmt die Administration auch eine steigende Staatsverschuldung in Kauf.

Die Trump-Administration sieht in Handelsdefiziten ein Zeichen nationaler Schwäche.

Internationale Wirtschaftsverflechtungen betrachtet die Trump-Administration dabei zunehmend unter dem Gesichtspunkt strategischer Abhängigkeiten und geopolitischer Risiken, während mögliche gemeinsame Wohlstandsgewinne in den Hintergrund treten. Besonders im Verhältnis zu China sind Handels-, Technologie- und Industriepolitik eng mit geopolitischen Interessen verknüpft. Doch auch die Wirtschaftsbeziehungen zur EU und anderen Partnerländern der USA sind zunehmend von Konflikten geprägt. Handelsdefizite gelten in dieser Logik weniger als Ergebnis komplexer makroökonomischer Zusammenhänge, denn als Zeichen wirtschaftlicher Benachteiligung und nationaler Schwäche.

Besonders deutlich wird die sicherheitspolitische Ausrichtung von Trumponomics im Umgang mit Lieferketten, Technologieexporten, Halbleitern und Energieabhängigkeiten. Sie gelten zunehmend als Fragen nationaler Sicherheit und strategischer Verwundbarkeit. Wie eng Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik inzwischen miteinander verflochten sind, zeigt auch die Ende 2025 veröffentlichte Nationale Sicherheitsstrategie der USA. Zölle dienen dabei neben dem Schutz heimischer Industrien zunehmend als Instrument, um wirtschaftlichen Druck auszuüben und geopolitische Interessen durchzusetzen.

Hinzu kommt eine ausgeprägt populistische Dimension: Trump präsentiert sich als Anwalt der von der Globalisierung zurückgelassenen Industriearbeiter und verknüpft seine wirtschaftspolitische Agenda gezielt mit gesellschaftlichen Identitätsfragen und politischer Mobilisierung.

Steuersenkungen auf Kredit: Wachstum mit fiskalischen Risiken

Am 4. Juli 2025 unterzeichnete Präsident Trump mit dem „One Big Beautiful Bill Act“ (OBBBA, Public Law 119-21) ein zentrales innenpolitisches Kernvorhaben seiner zweiten Amtszeit und setzte damit die Steuerpolitik seiner ersten Präsidentschaft fort. Bereits 2018 hatte der „Tax Cuts and Jobs Act“ (TCJA, Public Law 115-97) den Körperschaftsteuersatz für Großunternehmen dauerhaft von 35 auf 21 Prozent gesenkt sowie die Einkommensteuer reduziert und Freibeträge erhöht. Während der niedrigere Körperschaftsteuersatz unbefristet galt, wären zahlreiche andere Vergünstigungen Ende 2025 ausgelaufen. Der OBBBA verstetigte diese wesentlichen Entlastungen und schuf zusätzliche Investitionsanreize: Unternehmen können bestimmte Ausrüstungsinvestitionen sowie inländische Forschungs- und Entwicklungsausgaben (F&E) sofort steuerlich abschreiben. Hinzu kamen befristete Steuererleichterungen für Trinkgelder und Überstundenvergütungen.

Neben den Steuersenkungen setzte der OBBBA deutliche Schwerpunkte bei den Staatsausgaben. Nach Berechnungen des Congressional Budget Office (CBO) erhöhte das Gesetz die Ausgaben für Verteidigung über einen Zeitraum von zehn Jahren um rund 150 Milliarden US-Dollar. Für Grenzsicherung und Einwanderungskontrolle stellte es insgesamt etwa 170 Milliarden US-Dollar an zusätzlichen Mitteln bereit. Allein die Einwanderungs- und Zollbehörde Immigration and Customs Enforcement (ICE) erhielt rund 75

Milliarden US-Dollar, davon 45 Milliarden für den Ausbau der Abschiebehaft und weitere 30 Milliarden für Personal, Festnahmen und Abschiebungen. Damit zählt der Ausbau der Einwanderungskontrolle zu den zentralen Ausgabenprioritäten der Trump-Administration.

Das Gesetz folgt einer klassischen angebotsorientierten Logik, wie sie bereits Ronald Reagan in den 1980er Jahren verfolgte: Steuersenkungen sollen Investitionen und Wirtschaftswachstum fördern und dadurch langfristig zusätzliche Staatseinnahmen generieren. Ob diese ausreichen, um die Steuerausfälle auszugleichen, ist allerdings umstritten. Ohne entsprechende Gegenfinanzierung droht oftmals eine steigende Staatsverschuldung – wie auch in den 1980er Jahren.

Ein erheblicher Teil der Einsparung im US-Haushalt geht zulasten einkommensschwacher Haushalte.

Die Trump-Administration zeichnet ein optimistisches Bild der wirtschaftlichen Folgen. Der Council of Economic Advisers (CEA) des Weißen Hauses erwartet, dass der OBBBA das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) innerhalb von zehn Jahren um 2,4 bis 2,7 Prozent gegenüber dem Referenzszenario erhöhen wird. Unter Einbeziehung weiterer Maßnahmen, insbesondere Ausgabenkürzungen und Zolleinnahmen, prognostiziert er zudem eine sinkende Schuldenquote. Das CBO des Kongresses kommt hingegen zu einem deutlich skeptischeren Ergebnis. Nach seinen Berechnungen vom Februar 2026 könnte das Gesetz die Haushaltsdefizite zwischen 2026 und 2035 um rund 4,7 Billionen US-Dollar steigern, einschließlich zusätzlicher Zinskosten und der Auswirkung auf die Wirtschaft. Auch die Wachstumseffekte schätzt das CBO wesentlich geringer ein. Erste Auswirkungen zeigen sich bereits bei den Steuereinnahmen: Im Haushaltsjahr 2026 sanken die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer trotz gestiegener Unternehmensgewinne um 16 Prozent auf 382 Milliarden US-Dollar.

Ein erheblicher Teil der vorgesehenen Einsparungen geht zulasten einkommensschwacher Haushalte. Besonders betroffen ist Medicaid, die staatlich finanzierte Krankenversicherung für Menschen mit geringem Einkommen. Umstritten ist insbesondere die enge Auslegung der Ausnahmen für Menschen mit schweren gesundheitlichen Einschränkungen. Laut Schätzungen könnten im Jahr 2034 rund 7,5 Millionen Menschen zusätzlich ohne Krankenversicherung sein (CBO 2025). Nach den im Juni 2026 erlassenen Durchführungsbestimmungen („Interim Final Rule“) müssen die neuen Vorgaben grundsätzlich bis zum 1. Januar 2027 umgesetzt werden. Im Bundeshaushalt schlagen sich die geplanten Einsparungen daher noch nicht nieder: Im Haushaltsjahr 2026 stiegen die Medicaid-Ausgaben um acht Prozent, vor allem aufgrund höherer Kosten je versicherter Person. Nachdem eine Klage von 25 Bundesstaaten und Washington, D.C., im Sommer 2026 abgewiesen worden war, gingen im September auch Versicherte und medizinische Fachverbände gerichtlich gegen die Regelungen vor.

Bis 2034 könnten in den USA rund 7,5 Millionen Menschen zusätzlich ohne Krankenversicherung sein.

Deutlich zurückgefahren wurden zudem die steuerlichen Anreize für erneuerbare Energien. Mit dem „Inflation Reduction Act“ (IRA; Public Law 117-169) von 2022 hatte die Biden-Administration den Ausbau klimafreundlicher Technologien durch langfristige Steuervergünstigungen gefördert, insbesondere für Wind- und Solarenergie. Der OBBBA verkürzte diesen Förderhorizont erheblich: Wind- und Solarprojekte sind grundsätzlich nur noch förderfähig, wenn ihr Bau spätes-

tens am 4. Juli 2026 begonnen hat oder sie bis Ende 2027 in Betrieb gehen. Im August 2025 verschärfte die US-Steuerbehörde Internal Revenue Service (IRS) zudem die Anforderungen an den Nachweis des Baubeginns. Für die meisten Projekte sollten zukünftig wesentliche physische Bauarbeiten erforderlich sein; der bislang mögliche Nachweis über bereits getätigte Investitionen reichte somit nicht mehr aus. Ein Bundesgericht hob die Verschärfung im Juni 2026 zwar auf, doch angesichts möglicher weiterer rechtlicher Schritte bleibt die Förderfähigkeit betroffener Projekte mit Unsicherheiten behaftet.

Das Konzept der Economic Security gewinnt an Bedeutung.

Industriepolitik: Technologische Führungsposition und Economic Security

Die beschriebenen Steuersenkungen sollen Investitionen anregen und die Wettbewerbsfähigkeit des US-Wirtschaftsstandorts stärken. Doch die Trump-Administration überlässt es nicht allein den Unternehmen, in welchen Branchen und Technologien neue Produktionskapazitäten entstehen. Mit einer gezielten Industriepolitik versucht sie, die industrielle Basis der USA zu stärken, strategische Abhängigkeiten zu verringern und die globale Technologieführerschaft des Landes langfristig zu sichern. Im Mittelpunkt steht dabei das Konzept der Economic Security, das wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, technologische Wettbewerbsfähigkeit und nationale Sicherheit zunehmend miteinander verknüpft. Besondere Bedeutung erhalten Halbleiter, künstliche Intelligenz (KI), kritische Rohstoffe, Energie und Verteidigungstechnologien.

Damit knüpft Trump an die Industriepolitik seines Vorgängers Joe Biden an. Dieser hatte mit dem CHIPS and Science Act und dem Inflation Reduction Act umfangreiche Förderprogramme und steuerliche Anreize geschaffen, um die heimische Produktion strategischer Güter auszubauen, Lieferketten widerstandsfähiger zu machen und Investitionen in Zukunftstechnologien zu mobilisieren. Auch unter Biden war die Industriepolitik eng mit nationaler Sicherheit und dem technologischen Wettbewerb mit China verbunden. Allerdings verschiebt Trump die Prioritäten und setzt teilweise andere Instrumente ein. Klimapolitische Ziele verlieren an Bedeutung, während die technologische und militärische Überlegenheit der USA sowie die Kontrolle über strategisch wichtige Produktionskapazitäten stärker in den Vordergrund rücken. Zugleich erhält die staatliche Förderung in ausgewählten Branchen einen stärker transaktionalen Charakter. Neben klassischen Subventionen nutzt die Trump-Administration direkte Unternehmensbeteiligungen und individuell ausgehandelte Vereinbarungen, mit denen die Regierung unmittelbare finanzielle und strategische Interessen verfolgt.

Klimapolitische Ziele wurden aufgegeben.

Besonders deutlich wird dieser Ansatz in der Halbleiterindustrie und bei kritischen Rohstoffen. Im August 2025 vereinbarte die Regierung, für rund 8,9 Milliarden US-Dollar einen Anteil von 9,9 Prozent an Intel zu erwerben. Die Finanzierung erfolgte überwiegend durch die Umwandlung bereits zugesagter Fördermittel in Eigenkapital. Der Staat erhält damit einen Anteil am Unternehmenserfolg, ohne allerdings unmittelbar an dessen Führung beteiligt zu sein. Noch stärker greift die Regierung bei der Förderung kritischer Rohstoffe in das Marktgeschehen ein. Im Juli 2025 vereinbarte das Verteidigungsministerium mit MP Materials eine Beteiligung von 400 Millionen US-Dollar sowie weitere Finan-

zierungs-, Preis- und Abnahmevereinbarungen. Damit will Washington den Aufbau einer heimischen Wertschöpfungskette für Seltene Erden und Permanentmagnete beschleunigen und die Abhängigkeit von China verringern.

Unter Trump hat staatliche Förderung einen stärkeren transaktionalen Charakter.

KI nimmt dabei eine Schlüsselrolle ein. Mit dem im Juli 2025 veröffentlichten America's AI Action Plan will die Administration die globale Technologieführerschaft der USA sichern und KI als Grundlage für wirtschaftliches Wachstum, industrielle Wettbewerbsfähigkeit und militärische Stärke ausbauen. Die Strategie umfasst neben der Entwicklung leistungsfähiger KI-Modelle auch den Ausbau der erforderlichen Infrastruktur – von Halbleiterfabriken und Rechenzentren über die Energieversorgung bis hin zur Sicherung kritischer Rohstoffe.

Die Strategie hat zugleich eine ausgeprägte außenwirtschaftliche Dimension. Washington will US-amerikanische KI-Technologien, Standards und digitale Infrastrukturen weltweit etablieren und damit die internationale Technologieordnung prägen. Ziel ist es, ausländische Märkte langfristig an US-Technologieökosysteme zu binden und den Einfluss chinesischer Anbieter zu begrenzen.

Zwischen Schuldenrekorden und Haushaltsblockaden

Die Industrie- und Steuerpolitik der Trump-Administration ist mit deutlichen Kosten verbunden. Dabei steht die Haushaltspolitik der USA seit Jahren unter wachsendem Druck. Gerade infolge der COVID-19-Pandemie und der Konjunkturpakete ist die Schuldenlast deutlich gestiegen.

Das Haushaltsdefizit belief sich im Haushaltsjahr 2025 auf 1,8 Billionen US-Dollar, was 5,9 Prozent des BIP entspricht und damit deutlich über dem 50-Jahres-Durchschnitt von 3,8 Prozent liegt. Nach Berechnungen des CBO war 2025 bereits das dritte Jahr in Folge mit einem Defizit von rund sechs Prozent des BIP. Dieser Wert wurde seit 1946 nur in den Jahren der Finanzkrise und der COVID-19-Pandemie übertroffen. Im Haushaltsjahr 2026 stieg das Defizit nach vorläufigen Zahlen des CBO auf 2,0 Billionen US-Dollar. Das waren 218 Milliarden US-Dollar mehr als im Vorjahr und rund 140 Milliarden US-Dollar mehr als das CBO im Februar 2026 erwartet hatte. Die Ausgaben wuchsen um 6 Prozent auf 7,4 Billionen US-Dollar, die Einnahmen nur um 3 Prozent auf 5,4 Billionen US-Dollar. Im Februar 2026 hatte das CBO noch mit 1,9 Billionen US-Dollar gerechnet. Das Defizit entspricht 6,2 Prozent des BIP. In absoluten Zahlen ist es nach den Pandemiejahren 2020 und 2021 das dritthöchste in der Geschichte der USA. Das Committee for a Responsible Federal Budget (CRFB) spricht vom höchsten Defizit, das nicht auf einen Krieg oder eine Rezession zurückgeht. Die endgültigen Zahlen des Finanzministeriums folgten Ende Oktober.

Die Staatsverschuldung belief sich zum Ende des Haushaltsjahres 2026 auf 40,17 Billionen US-Dollar oder 126 Prozent des BIP. Für Zinszahlungen gab der Bund 2026 netto 1,05 Billionen US-Dollar aus, zwölf Prozent mehr als im Vorjahr.

Haushaltsexperten sprechen vom höchsten US-Defizit, das nicht auf Krieg oder Rezession zurückgeht.

Die Schuldenobergrenze („debt ceiling") legt gesetzlich fest, bis zu welchem Gesamtbetrag sich die Bundesregierung der USA verschulden darf, um bereits beschlossene Ausgaben zu finanzieren. Mit dem OBBBA wurde sie

im Juli 2025 um fünf Billionen US-Dollar auf 41,1 Billionen US-Dollar angehoben. Nach Berechnungen der National Taxpayers Union (NTU) wird die Verschuldung diese Grenze voraussichtlich im Mai 2027 erreichen. Mit laufenden Einnahmen, vorhandenen Barmitteln und sogenannten außerordentlichen Maßnahmen („extraordinary measures“) könnte das Finanzministerium seine Zahlungspflichten danach noch einige Monate erfüllen. Das sogenannte „X-Date“, ab dem dies nicht mehr möglich wäre, erwartet die NTU für Februar 2028.

Am Ende des Haushaltsjahres 2026 lag die US-Staatsverschuldung bei 40,17 Billionen Dollar.

Der fiskalische Druck dürfte in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Das CBO erwartet, dass die Nettozinsausgaben von 3,3 Prozent des BIP im Jahr 2026 auf 4,6 Prozent im Jahr 2036 steigen und dann fast ein Fünftel aller Bundesausgaben ausmachen werden. 2036 wären es bei einem Defizit von 6,7 Prozent rund zwei Drittel.

Wie sehr der Bundeshaushalt inzwischen zum Schauplatz parteipolitischer Auseinandersetzungen geworden ist, zeigen die wiederkehrenden sogenannten „Government Shutdowns“. Das Haushaltsjahr der USA beginnt am 1. Oktober; bis dahin müssen die zwölf regulären Haushaltsgesetze verabschiedet oder zumindest eine vorläufige Finanzierung („continuing resolution“) beschlossen sein. Gelingt beides nicht, fehlt den betroffenen Bundesbehörden die gesetzliche Grundlage für weitere Ausgaben: Nicht zwingend notwendige Tätigkeiten werden eingestellt, Beschäftigte werden beurlaubt oder müssen zunächst ohne Bezahlung weiterarbeiten.

Dass der Kongress die regulären Haushaltsgesetze rechtzeitig verabschiedet, ist inzwischen die Ausnahme. Dahinter stehen grundsätzliche Konflikte über die Rolle und Größe des Staates: Republikaner*innen drängen auf niedrigere nichtmilitärische Ausgaben, Steuersenkungen und einen kleineren Bundesapparat, während Demokrat*innen stärker an Sozial-, Gesundheits- und anderen öffentlichen Ausgaben festhalten. Haushaltsgesetze werden dadurch regelmäßig zum Hebel, um politische Forderungen durchzusetzen oder die Agenda der anderen Partei zu blockieren.

Wiederholt führten diese Haushaltskonflikte zu längeren Regierungsstillständen, bei denen Teile der Bundesverwaltung ihre Arbeit einstellen mussten. 1995/96 standen die Behörden 21 Tage lang teilweise still, nachdem sich Präsident Bill Clinton und der republikanisch kontrollierte Kongress nicht über Ausgabenkürzungen und den Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt einigen konnten. 2013 führte der Streit über die Gesundheitsreform „Affordable Care Act“ (ACA) zu einem 16-tägigen „Shutdown“. Unter Präsident Donald Trump kam es 2018/19 erneut zu einem längeren Stillstand: Der Konflikt über die Finanzierung der Grenzmauer zu Mexiko legte Teile der Bundesverwaltung für 35 Kalendertage lahm.

Rechtzeitig verabschiedete Haushalte sind im US-Kongress inzwischen eine Ausnahme.

Haushaltsdefizite und politische Blockaden sind in den USA also kein neues Phänomen. Unter Trump haben sie jedoch an Schärfe gewonnen: Die Administration nimmt trotz hoher Verschuldung zusätzliche fiskalische Belastungen in Kauf und setzt staatliche Mittel gezielt zur Durchsetzung ihrer politischen Prioritäten ein. Neu ist vor allem die Verbindung expansiver Fiskalpolitik mit einer

zunehmend machtpolitischen Steuerung des Bundeshaushalts.

Neu ist die Verbindung expansiver Fiskalpolitik mit einer machtpolitischen Steuerung des US-Haushalts.

Der bis dahin längste Government Shutdown in der Geschichte der USA dauerte vom 1. Oktober bis zum 12. November 2025 insgesamt 43 Tage. Auslöser war erneut ein Konflikt über die Gesundheitspolitik. Die Demokrat*innen im Senat machten ihre Zustimmung zu einer Übergangsfinanzierung des Bundeshaushalts von der Verlängerung der Ende 2025 auslaufenden, erhöhten Steuergutschriften für Krankenversicherungen im Rahmen des ACA abhängig. Die Republikaner*innen lehnten es ab, beide Fragen miteinander zu verknüpfen. Der Shutdown endete schließlich ohne eine Einigung über die Zuschüsse. Auch wirtschaftlich hinterließ der Shutdown deutliche Spuren.

Anfang Februar 2026 verabschiedete der Kongress schließlich den „Consolidated Appropriations Act 2026“ (Public Law 119-75). Präsident Trump unterzeichnete das Gesetz am 3. Februar 2026. Damit waren die großen Ausgabenbereiche bis zum Ende des Haushaltsjahres am 30. September 2026 regulär finanziert. Nur das Ministerium für Innere Sicherheit (Department of Homeland Security, DHS) wurde aus dem Paket herausgelöst und zunächst lediglich über eine weitere Übergangsfinanzierung bis zum 13. Februar 2026 finanziert. Im Zentrum des Konflikts stand die Finanzierung der Einwanderungs- und Zollbehörde (Immigration and Customs Enforcement, ICE). Nachdem Bundesbedienstete der Einwanderungsbehörden im Januar 2026 in Minneapolis zwei US-amerikanische Bürger erschossen hatten, verlangten die Demokrat*innen Reformen der Einwanderungsbehörden, darunter eine Pflicht zu Körperkameras und richterliche Beschlüsse vor dem Betreten von Wohnungen. Die Republikaner*innen lehnten diese Forderungen ab; die Demokrat*innen im Senat stimmten dann im Februar 2026 gegen die weitere Finanzierung des Heimatschutzministeriums (DHS). Mit dem Auslaufen der Übergangsfinanzierung begann am 14. Februar 2026 ein partieller Shutdown für das DHS.

Am 30. April 2026 endete nach 76 Tagen der bislang längste Shutdown einer einzelnen Bundesbehörde. Das von Präsident Trump unterzeichnete Gesetz stellte die Finanzierung des DHS wieder her, klammerte allerdings die Einwanderungsbehörde ICE und die Grenzschutzpolizei aus.

Parallel schufen die Republikaner*innen die Grundlage für eine Finanzierung von ICE und der Grenzschutzpolizei („Border Patrol“) über das Budget-Reconciliation-Verfahren. Den dafür erforderlichen Haushaltsrahmen („Budget Resolution“) verabschiedete der Senat am 23. April 2026, das Repräsentantenhaus folgte am 29. April. Auf dieser Grundlage beschloss der Senat am 5. Juni mit 52 zu 47 Stimmen den „Secure America Act“. Vier Tage später stimmte auch das Repräsentantenhaus mit knapper Mehrheit von 214 zu 212 Stimmen zu. Präsident Trump unterzeichnete das Gesetz am 10. Juni 2026. Es stellt bis zum Ende des Haushaltsjahres 2029 rund 70 Milliarden US-Dollar für Grenzsicherung und Einwanderungskontrolle bereit.

Am 30. April 2026 endete nach 76 Tagen der bislang längste Shutdown.

Auch für das am 1. Oktober 2026 begonnene Haushaltsjahr 2027 gelang es dem Kongress nicht, sich rechtzeitig auf die regulären Haushaltsgesetze zu einigen. Nachdem die Verhandlungen über eine Finanzierung für das

gesamte Haushaltsjahr gescheitert waren, verständigten sich Republikaner*innen und Demokrat*innen erneut auf eine Übergangslösung. Der „Continuing Appropriations and Extensions Act, 2027“ (Public Law 119-103) erhielt im Senat 90 zu 6 Stimmen; am 1. September 2026 stimmte das Repräsentantenhaus mit 370 zu 48 Stimmen zu. Präsident Trump unterzeichnete das Gesetz am folgenden Tag. Damit bleibt die Finanzierung der Bundesbehörden weitgehend auf dem Niveau des Vorjahres bis zum 11. Dezember 2026 gesichert – und damit über die Zwischenwahlen im November hinaus. Ein erneuter Shutdown zum Beginn des Haushaltsjahres konnte so abgewendet werden.

Rückzug des Regulierungsstaats, Stärkung der Exekutive

Trumps wirtschaftspolitischer Kurs verbindet den Rückbau staatlicher Regulierung mit einer Stärkung präsidialer Kontrolle. Unternehmen sollen entlastet, Investitionen gefördert und die Wettbewerbsfähigkeit der USA gestärkt werden. Zugleich treibt die Administration einen umfassenden Umbau des Staatsapparats voran. Eine zentrale Rolle spielte dabei das im Januar 2025 unter maßgeblicher Beteiligung von Elon Musk eingerichtete Department of Government Efficiency (DOGE). Es sollte Behörden verschlanken, Personal und Staatsausgaben reduzieren und administrative Abläufe effizienter gestalten. Tatsächlich führten die Maßnahmen zu erheblichen Einschnitten in die Bundesverwaltung, während Umfang und Nachhaltigkeit der behaupteten Einsparungen umstritten bleiben.

Parallel dazu verschärfte Trump die Deregulierungsagenda. Mit der Präsidialverordnung („Executive Order“) „Unleashing Prosperity Through Deregulation“ vom 31. Januar 2025 verpflichtete er Bundesbehörden, für jede neue Regulierung mindestens zehn bestehende Vorschriften zur Abschaffung vorzusehen. Für das Haushaltsjahr 2025 gab Trump zudem vor, dass die Kosten neuer Regulierungen durch Einsparungen bei bestehenden Vorschriften ausgeglichen werden müssen. Die Regelung erfasst neben verbindlichen Rechtsvorschriften auch Leitlinien, Memoranden, und andere Formen behördlicher Steuerung.

Für jede neue Regulierung sollen mindestens zehn bestehende Vorschriften abgeschafft werden.

Die wirtschaftspolitische Neuausrichtung zeigt sich auch in der Finanzaufsicht. Finanzminister Scott Bessent stellte im Februar 2026 vor dem Bankenausschuss des Senats Wachstum als zentrale Voraussetzung für Finanzstabilität heraus. Übermäßige Regulierung hemme Kreditvergabe und Investitionen, während wirtschaftliche Expansion die Bilanzen von Haushalten, Unternehmen und Banken stärke. Der Bankenaufsicht unter Präsident Joe Biden warf er vor, sich zu stark auf Klima- und Reputationsrisiken konzentriert und dabei von Risiken für die Sicherheit und Solidität des Bankensystems abgelenkt zu haben. Zukünftig sollten wachstumshemmende Vorschriften abgebaut und die Aufsicht auf zentrale Finanzrisiken ausgerichtet werden.

Parallel dazu weitet Trump seinen Einfluss auf unabhängige Regulierungsbehörden aus. Mit dem Präsidentenerlass „Ensuring Accountability for All Agencies“ vom 18. Februar 2025 verpflichtete er sie, wesentliche Regulierungsvorhaben vor ihrer Veröffentlichung durch das dem Weißen Haus unterstellte Office of Information and Regulatory Affairs (OIRA; eine Abteilung des OMB) prüfen zu lassen. Bei der US-Notenbank (Federal Reserve, Fed) gilt dies ausschließlich für ihre

Aufgaben in der Bankenregulierung und -aufsicht, nicht jedoch für die Geldpolitik.

Auch der Oberste Gerichtshof (Supreme Court) stärkte die Befugnisse des Präsidenten. Im Fall Trump v. Slaughter entschied er am 29. Juni 2026, dass die gesetzlichen Beschränkungen für die Entlassung von Mitgliedern der US-Handelskommission (Federal Trade Commission, FTC) verfassungswidrig sind. Trump hatte die FTC-Kommissarin Rebecca Slaughter entlassen, weil ihre Positionen nicht mit denen seiner Administration übereinstimmten. Nach bisherigem Recht waren Entlassungen nur bei Pflichtvernachlässigung, ineffizienter Amtsführung oder Fehlverhalten zulässig. Der Supreme Court hob das entsprechende Grundsatzurteil von 1935 (Humphrey's Executor v. United States) auf. Die Mehrheit unter Gerichtspräsident John Roberts begründete dies damit, dass Amtsträger, die Exekutivgewalt ausüben, grundsätzlich vom Präsidenten entlassen werden können. Damit schwächte das Gericht die Unabhängigkeit der FTC und stellte auch den Entlassungsschutz anderer Regulierungsbehörden infrage.

Auch der Oberste Gerichtshof stärkte wiederholt die Kompetenzen des Präsidenten.

Nach Angaben von OIRA standen im Haushaltsjahr 2025 insgesamt 646 Deregulierungsmaßnahmen lediglich fünf neuen Regulierungen gegenüber. Die Behörde beziffert die dadurch erzielten Kosteneinsparungen auf 211,8 Milliarden US-Dollar. Allerdings entfällt mehr als die Hälfte davon, rund 128,6 Milliarden US-Dollar, auf eine einzige Maßnahme: Die Finanzermittlungsbehörde Financial Crimes Enforcement Network (FinCEN) befreite die meisten in den USA gegründeten Unternehmen von der Pflicht, ihre tatsächlichen Eigentümer offenzulegen. Damit entfielen umfangreiche Meldepflichten, zugleich wurde ein Instrument zur Bekämpfung von Geldwäsche erheblich eingeschränkt.

Trump nimmt weitreichende Deregulierungen im Finanzsektor vor.

Auch bei der Bankenregulierung setzt die Trump-Administration auf weitreichende Lockerungen. Im März 2026 legten die drei federführenden US-Bankenaufsichtsbehörden – die Federal Reserve, die Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) und das Office of the Comptroller of the Currency (OCC) – drei gemeinsame Verordnungsentwürfe vor, die das restriktive Eigenkapitalregelwerk, das in der Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008-2011 eingeführt worden war, grundlegend revidieren. Nach offiziellen Berechnungen des OCC würde die Reform unter dem vorgeschlagenen Standardansatz zu einer aggregierten Senkung der verbindlichen Mindestkapitalanforderungen für die von ihm beaufsichtigten Institute um 6,9 Prozent führen (während sie für die systemrelevantesten Großbanken im erweiterten risikobasierten Ansatz um 3,4 Prozent sinken). Die Reform soll den Spielraum für die Kreditvergabe erhöhen, könnte jedoch zugleich die Widerstandsfähigkeit der Banken gegenüber Verlusten schwächen. Die Vorschläge sind bislang nicht in Kraft getreten.

Besonders weitreichend sind die Eingriffe in das Consumer Financial Protection Bureau (CFPB). Die nach der Finanzkrise 2008 geschaffene Verbraucherschutzbehörde soll Bürger*innen vor unlauteren und betrügerischen Praktiken von Banken und anderen Finanzdienstleistern schützen. Trump ernannte den Direktor des Haushaltsamtes (Office of Management and Budget, OMB), Russell Vought, zum kommissarischen Leiter. Dieser ordnete im Februar 2025 einen weitgehenden Arbeitsstopp an. Im April erhielten

rund 1.400 Beschäftigte Kündigungsschreiben. Nachdem Gerichte die Entlassungen vorläufig blockiert hatten, versuchte die Administration, der Behörde die finanzielle Grundlage zu entziehen. Sie argumentierte, das CFPB dürfe keine Mittel mehr von der US-Notenbank (Fed) beziehen, da diese Verluste verzeichnen. Bundesrichterin Amy Berman Jackson wies diese Auslegung im Dezember 2025 zurück und wertete sie als Versuch, die gerichtlichen Beschränkungen für eine faktische Schließung der Behörde zu umgehen. Weitere Gerichte bestätigten 2026, dass die Regierung die Finanzierung des CFPB nicht auf dieser Grundlage einstellen darf. Der Fall verdeutlicht, dass die Deregulierungsagenda der Trump-Administration über den Abbau einzelner Vorschriften hinausgeht: Sie zielt auch darauf, die institutionelle Durchsetzung bestehender Regeln erheblich einzuschränken.

Die institutionelle Durchsetzung bestehender Regeln wird deutlich eingeschränkt.

Während die Trump-Administration also bestehende Finanzmarktregeln deutlich lockert, fördert sie gleichzeitig gezielt den Markt für digitale Vermögenswerte. Mit einem Präsidialerlass vom 23. Januar 2025 erklärte Trump die Förderung von Kryptowährungen und anderen digitalen Finanztechnologien zu einer politischen Priorität. Zugleich untersagte er den Bundesbehörden, eine digitale Zentralbankwährung („Central Bank Digital Currency“, CBDC) zu entwickeln oder einzuführen, soweit dies nicht gesetzlich vorgeschrieben ist. Stattdessen setzt die Trump-Administration auf privat ausgegebene Stablecoins, die einen stabilen Wert gegenüber dem US-Dollar halten sollen. Ein solcher Stablecoin entspricht in der Regel einem US-Dollar und soll jederzeit zu diesem Wert eingelöst werden können. Dadurch können Menschen und Unternehmen weltweit digitale Zahlungen in Dollar abwickeln. Die Administration will so die internationale Nutzung des Dollars fördern und zugleich die Nachfrage nach US-Staatsanleihen erhöhen, mit denen die Anbieter ihre Stablecoins unter anderem absichern. Mit dem am 18. Juli 2025 verabschiedeten GENIUS Act schuf der Kongress erstmals einen bundesweiten Regulierungsrahmen für sogenannte Payment Stablecoins. Das Gesetz schreibt unter anderem vor, dass die Emittenten ihre Stablecoins vollständig durch liquide Vermögenswerte wie Bankeinlagen oder kurzfristige US-Staatsanleihen absichern müssen.

Die Trump-Administration will die Nutzung von Stablecoins fördern.

Am 15. September 2026 erlitt die Krypto-Agenda der Trump-Administration jedoch einen Rückschlag. Im Senat scheiterte ein Verfahrensantrag zum „Digital Asset Market Clarity Act“ (Clarity Act), der einen umfassenden Rechtsrahmen für digitale Vermögenswerte schaffen sollte. Zwar stimmten 50 Senator*innen für die Fortsetzung des Gesetzgebungsverfahrens und 49 dagegen. Die erforderliche Mehrheit von 60 Stimmen wurde jedoch verfehlt. Sie ist im Senat notwendig, um einen sogenannten „Filibuster“ – die Möglichkeit, durch anhaltende Debatten eine Abstimmung zu blockieren – zu überwinden. Zu den zentralen Streitpunkten gehörten Forderungen der Demokrat*innen nach strengeren Regeln gegen Interessenkonflikte bei Kryptogeschäften von Regierungsmitgliedern. Eine umfassende gesetzliche Neuordnung des Kryptomarktes blieb damit vorerst aus.

Energiepolitik: „Drill Baby Drill“

Nach Steuersenkungen, Deregulierung und dem Umbau staatlicher Institutionen zeigt sich auch in der Energiepolitik, wie eng Trump wirtschaftliche Ziele mit politischen und ideologischen Prioritäten verknüpft. Unter dem Leitbild der „Energy Dominance“ sollen günstige Energie und steigende Exporte die Wettbewerbsfähigkeit der US-Industrie stärken und die internationale Machtposition der USA ausbauen. Die Administration setzt dabei vor allem auf Öl, Gas, Kohle und Kernkraft, während sie den Ausbau von Wind- und Solarenergie bewusst erschwert. Dahinter steht auch eine parteipolitische Agenda: Fossile Energieträger gelten als Symbol US-amerikanischer Industriestärke, während Klimaschutz und erneuerbare Energien eng mit der Politik der Demokraten verbunden werden. Zur Koordinierung seiner Energiepolitik richtete Trump den National Energy Dominance Council ein. Den Vorsitz übernahm Innenminister Doug Burgum, sein Stellvertreter ist Energieminister Chris Wright. Mit dem erneuten Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen unterstreicht Trump zudem seine Abkehr von der internationalen Klimapolitik.

Trump erklärte einen nationalen Energienotstand.

Bereits am Tag seiner Amtseinführung leitete Trump mit einer Reihe von Präsidialerlassen eine umfassende Neuausrichtung der Energiepolitik ein. Er erklärte einen nationalen Energienotstand und wies die Bundesbehörden an, bestehende gesetzliche Notstandsbefugnisse zu nutzen, um die Erschließung heimischer Energieressourcen und den Ausbau der Energieinfrastruktur zu beschleunigen. Damit sollten insbesondere Genehmigungsverfahren für Förder- und Infrastrukturprojekte erleichtert werden. Mit einem weiteren Präsidialerlass vom 20. Januar 2025 ordnete Trump an, Beschränkungen für die Öl- und Gasförderung in Alaska zurückzunehmen. Im Küstengebiet des Arctic National Wildlife Refuge (ANWR) sollte das Innenministerium die unter Biden erfolgte Aufhebung bereits vergebener Förderrechte rückgängig machen und weitere Vergabeverfahren einleiten. Darüber hinaus sollten Beschränkungen für die Erschließung anderer Gebiete Alaskas zurückgenommen und Genehmigungsverfahren für Pipelines und weitere Energieinfrastruktur beschleunigt werden.

Bei erneuerbaren Energien und der Elektromobilität verfolgt die Trump-Administration dagegen einen Kurswechsel. Mit dem One Big Beautiful Bill Act (OBBBA) verkürzte sie wie bereits beschrieben die ursprünglich langfristig angelegte steuerliche Förderung von Wind- und Solaranlagen erheblich. Auch die Steuergutschriften für den Kauf von Elektrofahrzeugen liefen vorzeitig aus. Die Förderung von bis zu 7.500 US-Dollar für Neuwagen und 4.000 US-Dollar für Gebrauchtwagen entfiel für Fahrzeuge, die nach dem 30. September 2025 erworben wurden.

Zugleich lockerte die Administration die Verbrauchsvorgaben für Neuwagen. Am 28. September 2026 stellte das US-Verkehrsministerium neue Standards vor, die für das Modelljahr 2031 einen durchschnittlichen Flottenverbrauch von rund 34,9 Meilen pro Gallone erwarten lassen. Unter den 2024 von der Biden-Administration verabschiedeten Standards hätte der entsprechende Flottendurchschnitt nach Berechnungen der Verkehrsbehörde bei rund 49,3 Meilen pro Gallone gelegen. Parallel dazu ging der Absatz von Elektroautos zurück: Im August 2026 lag ihr Anteil an den US-Neuwagenverkäufen bei 5,7 Prozent; die Zahl der verkauften Elektroautos war damit gegenüber August 2025 um knapp 47 Prozent gesunken.

Neben dem Abbau steuerlicher Vergünstigun-

gen erschwert die Trump-Administration auch den Ausbau von Wind- und Solarenergie durch strengere Genehmigungsverfahren. Bereits im Januar 2025 setzte Trump die Vergabe neuer Nutzungsrechte für Offshore-Windparks in Bundesgewässern aus und ordnete eine Überprüfung der bisherigen Genehmigungspraxis an. Im Juli führte das Innenministerium zusätzliche Kontrollstufen ein: Seither müssen sämtliche wichtigen Entscheidungen zu Wind- und Solarprojekten in seinem Zuständigkeitsbereich, darunter Genehmigungen, Nutzungsrechte und Umweltprüfungen, der Ministeriumsspitze zur Überprüfung vorgelegt werden. Die Eingriffe betreffen auch bereits genehmigte Projekte. So verfügte die zuständige Bundesbehörde im August 2025 einen vorübergehenden Baustopp für den Offshore-Windpark Revolution Wind und leitete die Rücknahme der Genehmigung für das Windprojekt Lava Ridge in Idaho ein.

Die wirtschaftlichen Ergebnisse von Trumps Energiepolitik fallen bislang gemischt aus.

Die wirtschaftlichen Ergebnisse von Trumps Energiepolitik fallen bislang gemischt aus. Die USA waren bereits vor seiner zweiten Amtszeit der weltweit größte Ölproduzent. Die Rohölförderung erreichte 2025 rund 13,6 Millionen Barrel pro Tag und lag damit deutlich über der Produktion Russlands und Saudi-Arabiens (Energy Now, 2026). Der Ausbau setzte einen Trend fort, der schon unter früheren Administrationen begonnen hatte. Infolge der durch den Iran-Krieg gestiegenen Ölpreise haben sich die Produktionsaussichten inzwischen weiter verbessert. In ihrer Prognose vom Oktober 2026 erwartet die US-Energieinformationsbehörde (Energy Information Administration, EIA) für 2026 eine Förderung von durchschnittlich 13,9 Millionen Barrel (Fass) pro Tag und für 2027 von 14,3 Millionen Barrel.

Bis 2031 dürfte sich die US-Exportkapazität für LNG laut EIA gegenüber Dezember 2025 nahezu verdoppeln.

Noch dynamischer entwickeln sich die Exporte von Flüssigerdgas (Liquefied Natural Gas, LNG). Sie stiegen von durchschnittlich 0,5 Milliarden Kubikfuß pro Tag im Jahr 2016 auf rund 15 Milliarden 2025. Damit sind die USA der weltweit größte LNG-Exporteur vor Australien und Katar. Rund 68 Prozent der US-amerikanischen LNG-Lieferungen gingen 2025 nach Europa. Bis 2031 dürfte sich die Exportkapazität laut EIA gegenüber Dezember 2025 nahezu verdoppeln.

Für die US-Industrie bleiben vergleichsweise niedrige Energiepreise ein wichtiger Standortvorteil. Nach Schätzungen der Internationalen Energieagentur (International Energy Agency, IEA) zahlten energieintensive Unternehmen in der EU 2025 im Durchschnitt etwa doppelt so viel für Strom wie ihre Wettbewerber in den USA. Dieser Preisvorteil bestand allerdings bereits vor Trumps zweitem Amtsantritt.

Bei Kraftstoffen zeigt sich inzwischen ein anderes Bild. Infolge des Iran-Kriegs und der angespannten internationalen Versorgung mit raffinierten Ölprodukten sind insbesondere die Dieselpreise stark gestiegen. Mitte Oktober 2026 kostete eine Gallone Diesel in den USA durchschnittlich rund 6,18 US-Dollar. Die hohen Preise belasten vor allem Transport, Logistik und Landwirtschaft und treiben darüber auch die Kosten in anderen Wirtschaftsbereichen.

Für die US-Verbraucher*innen fällt die Energiebilanz noch deutlich ungünstiger aus. Im

August 2026 lagen die Energiepreise laut dem Bureau of Labor Statistics (BLS) um 16,3 Prozent über dem Vorjahresniveau, wobei sich Benzin um 27,4 Prozent und Strom um 3,8 Prozent verteuerte. Mitte Oktober kostete eine Gallone Benzin der American Automobile Association (AAA) zufolge im landesweiten Durchschnitt rund 4,33 US-Dollar. Damit gerät eines der zentralen Versprechen von Trumps Energiepolitik, die Verbraucher*innen durch eine Ausweitung der heimischen Förderung zu entlasten, zunehmend unter Druck.

Trump konnte seine Versprechen, die Energiepreise zu senken, nicht einlösen.

Der rasante Ausbau von Rechenzentren für KI stellt die US-Energieversorgung vor neue Herausforderungen. Nach einer Studie des Lawrence Berkeley National Laboratory im Auftrag des US-Energieministeriums könnte ihr jährlicher Stromverbrauch von 176 Terawattstunden im Jahr 2023 auf 325 bis 580 Terawattstunden im Jahr 2028 steigen. Ihr Anteil am gesamten US-Stromverbrauch würde sich damit von (derzeit) 4,4 Prozent auf 6,7 bis 12 Prozent erhöhen. Der Ausbau der Datenzentren stößt zunehmend auf Widerstand. Vor allem die steigenden Strompreise, die Belastung der Netze und der hohe Wasserbedarf der Anlagen sorgen auf lokaler Ebene für Konflikte. Umstritten ist insbesondere, wer die Kosten für neue Kraftwerke und den Netzausbau tragen soll.

Im März 2026 reagierte die Trump-Administration mit dem sogenannten Ratepayer Protection Pledge: Große Technologieunternehmen, darunter Amazon, Google, Microsoft und Meta, verpflichteten sich, den zusätzlichen Strombedarf ihrer Rechenzentren selbst zu decken und die erforderlichen Infrastrukturinvestitionen zu finanzieren. Im Juli wurde die Initiative auf weitere Unternehmen, Energieversorger und Bundesstaaten ausgeweitet. Die freiwilligen Zusagen sollen verhindern, dass die Kosten auf private Haushalte abgewälzt werden; ihre tatsächliche Wirksamkeit bleibt allerdings abzuwarten.

Hier zeigt sich ein zentraler Widerspruch in Trumps Energiepolitik: Während der steigende Strombedarf, insbesondere durch KI-Rechenzentren, einen raschen Ausbau der Erzeugungskapazitäten erfordert, erschwert die Administration Investitionen in Wind- und Solarenergie. Diese könnten schnell zusätzliche Kapazitäten bereitstellen. Stattdessen setzt Trump verstärkt auf Gas- und Kernkraftwerke. Mit einem Präsidialerlass vom 23. Mai 2025 formulierte er das Ziel, die installierte Kernkraftleistung der USA von rund 100 Gigawatt im Jahr 2024 auf 400 Gigawatt bis 2050 zu vervierfachen. Neue Reaktoren können jedoch ebenso wie Gaskraftwerke kurzfristig kaum zur Deckung des zusätzlichen Strombedarfs beitragen. Daher hält die Regierung auch ältere Kohlekraftwerke durch Notfallanordnungen am Netz.

Die Fed im Spannungsfeld von Inflation und politischem Druck

Der Widerstand in der Bevölkerung gegen neue Rechenzentren steigt.

Die US-Notenbank verfolgt gesetzlich zwei gleichrangige Ziele: Preisstabilität, die sie mit einer Inflationsrate von zwei Prozent anstrebt, und maximale Beschäftigung. Ihre politische Unabhängigkeit ist entscheidend für die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik. Denn entsteht der Eindruck, dass Zinsentscheidungen politischen Interessen folgen, können das Vertrauen in die Preisstabilität schwinden und die Inflationserwartungen steigen. Unter Trumps zweiter Präsidentschaft ist diese Un-

abhängigkeit zunehmend unter Druck geraten.

Wiederholt forderte der Präsident Zinssenkungen und drohte dem damaligen Fed-Vorsitzenden Jerome Powell laut verschiedenen Medienberichten mit seiner Entlassung. Im August 2025 versuchte er zudem, das Direktoriumsmitglied Lisa Cook abzuberufen. Der Oberste Gerichtshof entschied im Juni 2026, dass sie vorerst im Amt bleiben darf. Auch die Ermittlungen des Justizministeriums gegen Powell wurden inzwischen ohne Anklage eingestellt. Hinter Trumps Forderungen steht ein wirtschafts- und innenpolitisches Kalkül: Niedrigere Zinsen sollen Investitionen und Konsum anregen, die Konjunktur vor den Zwischenwahlen im November 2026 stützen und zugleich die Finanzierungskosten des hoch verschuldeten Staates senken. Mit Kevin Warsh übernahm im Mai 2026 zwar ein von Trump nominierter Nachfolger den Vorsitz der Fed. Über die Geldpolitik entscheidet jedoch der Offenmarktausschuss (Federal Open Market Committee, FOMC), in dem der Vorsitzende lediglich eine von zwölf Stimmen besitzt.

Trump setzt wiederholt die Notenbank unter Druck.

Die Grenzen des politischen Einflusses auf die Fed zeigten sich am 16. September 2026, als der FOMC die Zielspanne für den Leitzins einstimmig um 0,25 Prozentpunkte auf 3,75 bis 4 Prozent anhob. Auch Warsh unterstützte die Entscheidung und stellte sich damit gegen Trumps Forderung nach niedrigeren Zinsen. Ausschlaggebend war vor allem der anhaltende Inflationsdruck. Im September 2026 stiegen die Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr um 3,7 Prozent, nach 3,4 Prozent im August. Besonders stark verteuerten sich infolge des Iran-Kriegs Energie und Kraftstoffe (20,4 Prozent), doch auch die Kerninflation ohne Energie und Lebensmittel erhöhte sich auf 2,6 Prozent. Gleichzeitig verlor der Arbeitsmarkt an Dynamik: Im September entstanden lediglich 29.000 Beschäftigungsverhältnisse, während die neue Arbeitslosenquote bei 4,2 Prozent blieb. Für die Fed verschärft sich damit der Zielkonflikt zwischen Preisstabilität und Beschäftigung. Eine Zinssenkung könnte die schwächere Konjunktur stützen, zugleich aber den Inflationsdruck verstärken. Entsprechend deuteten die Projektionen der FOMC-Mitglieder vom September 2026 auf eine weiterhin restriktive Geldpolitik hin.

Erschwert wird die Situation durch die angespannte Haushaltslage. Bereits im Mai 2025 hatte die Ratingagentur Moody's Ratings die Kreditwürdigkeit der USA angesichts steigender Defizite und Zinslasten von Aaa auf Aa1 herabgestuft. Anfang Oktober 2026 erreichte die Rendite zehnjähriger US-Staatsanleihen zeitweise rund 5,36 Prozent und damit den höchsten Stand seit mehr als zwei Jahrzehnten. Anders als die kurzfristigen Leitzinsen werden diese langfristigen Finanzierungskosten maßgeblich durch die Erwartungen der Finanzmärkte bestimmt. Neben dem geldpolitischen Kurs der Fed spielen dabei insbesondere die Inflationserwartungen, die Entwicklung der Staatsverschuldung und die von Anlegern verlangten Risikoprämien eine Rolle.

Die Angriffe auf die Unabhängigkeit der Fed und die wachsende Staatsverschuldung bergen zudem langfristige Risiken für das Vertrauen internationaler Anleger. Bislang zeigt sich zwar keine grundlegende Abkehr vom Dollar. Im Gegenteil: Angesichts hoher US-Zinsen, US-Energieexporte und geopolitischer Unsicherheit gewann er zuletzt wieder deutlich an Wert. Auch seine internationale Stellung bleibt dominant. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds entfielen im

zweiten Quartal 2026 rund 56,7 Prozent der weltweiten Devisenreserven auf den Dollar. Allerdings ist sein Anteil langfristig rückläufig. Für Trump ergibt sich daraus ein weiteres wirtschaftspolitisches Spannungsfeld: Ein schwächerer Dollar könnte der Exportindustrie helfen, während die Finanzierung der hohen Staatsverschuldung und die internationale Rolle der USA auf das anhaltende Vertrauen in ihre Währung und Finanzinstitutionen angewiesen sind.

Zölle dienen zunehmend mehreren Zwecken zugleich.

Handelspolitik: Zölle als Machtinstrument

Trumps Handelspolitik ist ein zentraler Pfeiler seiner Strategie, die wirtschaftliche und geopolitische Macht der USA zu stärken. Im Mittelpunkt steht die Überzeugung, dass die Globalisierung und die Liberalisierung des Welthandels die US-Industrie geschwächt, Arbeitsplätze ins Ausland verlagert und gefährliche Abhängigkeiten geschaffen haben. Mit höheren Zöllen will er Importe mindern, industrielle Produktion in die USA zurückholen und ausländische Unternehmen zu Investitionen im Land bewegen. Gleichzeitig sollen Zölle zusätzliche Staatseinnahmen generieren und als Druckmittel dienen, um Zugeständnisse in Handelsverhandlungen sowie außen- und sicherheitspolitischen Konflikten durchzusetzen.

Dahinter steht eine wirtschaftspolitische Logik, die von traditionellen freihandelsorientierten Positionen der Republikanischen Partei deutlich abweicht. Für Trump ist Handel vor allem ein Wettbewerb um Marktanteile, industrielle Kapazitäten und wirtschaftliche Macht. Dabei misst er der Handelsbilanz eine besondere Bedeutung bei: Ein Defizit gilt für ihn als Zeichen, dass die USA gegenüber ihren Partnern verlieren.

Hinzu kommt eine sicherheitspolitische Dimension, die über den klassischen Schutz heimischer Industrien hinausgeht. Vor allem gegenüber China soll die Handelspolitik strategische Abhängigkeiten verringern, kritische Lieferketten absichern und die industrielle Basis der USA stärken. Diese Ziele sind teilweise parteiübergreifend verankert und knüpfen an Maßnahmen früherer Administrationen an. Unter Trump werden sie allerdings mit einem weitreichenden Protektionismus verbunden, der auch enge Verbündete trifft. Zölle dienen zunehmend mehreren Zwecken zugleich: als Schutzinstrument, Einnahmequelle, Verhandlungshebel und Mittel geopolitischer Machtausübung.

Zur Umsetzung seiner Agenda griff Trump zunächst auf weitreichende Notstandsbefugnisse zurück. Auf Grundlage des International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) von 1977 verhängte er ab Februar 2025 zusätzliche Zölle auf Waren aus China und ab März auf Einfuhren aus Kanada und Mexiko. Im April folgten die sogenannten reziproken Zölle gegenüber nahezu allen Handelspartnern mit einem allgemeinen Mindestsatz von zehn Prozent und höheren länderspezifischen Sätzen. Trump begründete diese Maßnahmen unter anderem mit den US-Handelsbilanzdefiziten und vermeintlich unfairen Handelspraktiken. Der Rückgriff auf das Notstandsgesetz erlaubte es ihm zunächst, Zölle ohne die Zustimmung des Kongresses einzuführen. Daneben nutzte die Administration bestehende handelspolitische Instrumente, insbesondere Abschnitt 232 des Trade Expansion Act von 1962. Auf dieser Grundlage erhob sie unter Berufung auf die nationale Sicherheit zusätzliche Zölle auf Au-

Trump nutzt exekutive Spielräume, um immer wieder neue Zölle einzuführen.

tos (25 Prozent) sowie auf Stahl und Aluminium (50 Prozent). China antwortete mit Gegenzöllen und einer Beschwerde bei der Welthandelsorganisation (WTO).

Auch das Verständnis von Gegenseitigkeit im Handel hat sich grundlegend verändert. Im multilateralen Handelssystem der WTO bedeutet Reziprozität, dass Staaten im Rahmen von Verhandlungen ausgewogene gegenseitige Zugeständnisse machen. Trump interpretiert dagegen bestehende Zollunterschiede, Handelsdefizite und unterschiedliche nationale Regulierungen als Beleg für eine Benachteiligung der USA, die durch einseitige Maßnahmen korrigiert werden, müsse. Diese Politik steht im Spannungsverhältnis zu grundlegenden Regeln der WTO, insbesondere zum Meistbegünstigungsprinzip, nach dem handelspolitische Vorteile grundsätzlich allen WTO-Mitgliedern gleichermaßen gewährt werden müssen. Zwar sieht das WTO-Recht Ausnahmen vor, doch untergräbt die breite und zugleich selektive Anwendung von Zöllen die Berechenbarkeit des regelbasierten Handelssystems. An Bedeutung gewinnen stattdessen bilaterale Verhandlungen, in denen die USA ihre wirtschaftliche Größe und ihren Marktzugang als Druckmittel einsetzen können.

2026 entschied der Oberste Gerichtshof, dass der IEEPA keine Rechtsgrundlage für die Erhebung von Zöllen bietet.

Die Grenzen dieser Strategie zeigten sich auch innerhalb der USA. Am 20. Februar 2026 entschied der Oberste Gerichtshof, dass der IEEPA keine Rechtsgrundlage für die Erhebung von Zöllen bietet. Die Trump-Administration reagierte noch am selben Tag mit einem befristeten allgemeinen Zusatzzoll von zehn Prozent auf Grundlage von Abschnitt 122 des Trade Act von 1974. Auch diese Maßnahme wurde gerichtlich angefochten und im Mai 2026 von einem Bundesgericht für rechtswidrig erklärt. Parallel bereitete die Regierung neue Zölle auf anderen gesetzlichen Grundlagen vor. Seit Ende Juli 2026 gelten zusätzliche Abgaben nach Abschnitt 301 des Trade Act von 1974, die mit einer unzureichenden Bekämpfung von Zwangsarbeit durch Handelspartner begründet werden. Die Administration hält damit trotz gerichtlicher Rückschläge an ihrer grundlegenden Zollstrategie fest und stützt sich zunehmend auf andere, rechtlich enger gefasste Ermächtigungen.

Während die EU zusätzliche Handelsbarrieren abbaut, akzeptiert sie ein deutlich höheres Zollniveau als vor Trumps zweiter Amtszeit.

Besonders deutlich wird die neue handelspolitische Ausrichtung im Verhältnis zur Europäischen Union. Die USA bleiben für europäische Unternehmen ein unverzichtbarer Absatzmarkt, zugleich nutzt Washington diesen Marktzugang zunehmend als Verhandlungsinstrument. Mit der im Juli 2025 in Turnberry erzielten politischen Einigung und ihrer anschließenden Umsetzung verständigten sich beide Seiten auf einen Rahmen, der die US-Zölle für die meisten Waren aus der EU auf insgesamt 15 Prozent begrenzt. Im Gegenzug baut die EU ihre Zölle auf US-Industriegüter ab und gewährt weitere Marktzugangsverbesserungen. Damit konnte eine weitere Eskalation des Handelskonflikts begrenzt werden. Das Abkommen verdeutlicht jedoch zugleich die veränderten Kräfteverhältnisse: Während die EU zusätzliche Handelsbarrieren abbaut, akzeptiert sie auf US-amerikanischer Seite ein deutlich höheres Zollniveau als vor Trumps zweiter Amtszeit.

Hinzu kommt, dass zentrale Konfliktfelder ungelöst bleiben. Die Zölle nach Abschnitt 232, insbesondere auf Stahl, Aluminium und

bestimmte daraus hergestellte Produkte, wurden durch das Urteil des Obersten Gerichtshofes nicht aufgehoben. Für einzelne Waren gelten weiterhin Sätze von bis zu 50 Prozent. Die EU hat sich deshalb vorbehalten, ihre eigenen Zollzugeständnisse auszusetzen, falls die USA die betreffenden Sonderzölle nicht bis Ende 2026 mit der vereinbarten Obergrenze von 15 Prozent in Einklang bringen. Weitere Risiken ergeben sich aus neuen Untersuchungen nach Abschnitt 301 des Trade Act von 1974. Im März 2026 leitete der US-Handelsbeauftragte Jamieson Greer Verfahren gegen 16 Volkswirtschaften ein, darunter die EU, um mögliche wettbewerbsverzerrende Überkapazitäten im verarbeitenden Gewerbe zu untersuchen. Betroffen sind unter anderem die Automobilindustrie, der Maschinenbau und weitere für Deutschland wichtige Exportbranchen.

Wirtschaftliche Lage: Zahlen, Daten, Fakten

Wie erfolgreich ist die Wirtschaftspolitik der zweiten Trump-Administration bislang? Die US-Wirtschaft zeigt sich im Herbst 2026 widerstandsfähig, doch die Bilanz fällt gemessen an den erklärten Zielen der Regierung gemischt aus. Während der KI-Boom Investitionen und Wachstum stützt und somit in Teilen auch die negativen Effekte der Zollpolitik ausgleicht, sind die von der Trump-Administration erhofften Effekte der Zollpolitik auf Beschäftigung und industrielle Produktion bislang nicht eingetreten. Gleichzeitig belasten Handelskonflikte, hohe Preise und wirtschaftliche Unsicherheit viele Unternehmen und Haushalte. Zudem lässt sich nach weniger als zwei Jahren nur eingeschränkt beurteilen, in welchem Umfang die beobachteten Entwicklungen tatsächlich auf die Maßnahmen der Administration zurückzuführen sind.

Gemessen am Wachstum steht die Wirtschaft der USA im Herbst 2026 gut da. Das reale BIP wuchs im ersten Quartal auf das Jahr hochgerechnet um 2,5 Prozent, im zweiten um 2,2 Prozent. Getragen wurde das zweite Quartal vor allem von Konsum sowie etwas weniger stark von Investitionen. ING THINK schätzt, dass rund ein Drittel des Wachstums auf Investitionen in KI, vor allem in Rechenzentren und Software, zurückgeht (allerdings ist diese Schätzung aufgrund unzureichender Datenlage mit Unsicherheiten verbunden). Hinzu kommt ein Vermögenseffekt: Die Kursgewinne der Technologiekonzerne stützen den Konsum; davon profitieren vor allem die oberen 20 Prozent der Haushalte nach Einkommen, die 72 Prozent des Vermögens in den USA halten. Die Entwicklung unterstreicht die Bedeutung der US-Technologiekonzerne für die wirtschaftliche Dynamik. Zugleich offenbart sie eine zunehmende Abhängigkeit des Wachstums von einem einzelnen Sektor, dessen langfristige Produktivitätseffekte noch unsicher sind.

Die von Trump angestrebte Reindustrialisierung zeigt bislang nur begrenzte Fortschritte.

Die von Trump angestrebte Reindustrialisierung zeigt dagegen bislang nur begrenzte Fortschritte. Im September 2026 beschäftigte das verarbeitende Gewerbe laut dem Bureau of Labor Statistics (BLS) rund 12,65 Millionen Menschen, lediglich 72.000 mehr als im Dezember 2025. Ausländische Unternehmen investierten 2025 mit 232,2 Milliarden US-Dollar dem U.S. Bureau of Economic Analysis (BEA) zufolge 49,5 Prozent mehr in den USA als im Jahr 2024; Deutschland lag bei den Auslandsinvestitionen in den USA nach Japan auf Platz zwei. Davon flossen 218,4 Milliarden US-Dollar in die Übernahme bestehender Unternehmen und 13,8 Milliarden US-Dollar in neue Standorte und Erweiterungen. Die Zahlen sprechen für ein anhaltend hohes

Interesse am US-Markt, liefern jedoch noch keinen eindeutigen Beleg für eine breite Verlagerung industrieller Produktion in die USA. Zudem benötigen große Industrieinvestitionen mehrere Jahre, bevor sich ihre Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung vollständig zeigen.

Auch bei der Handelsbilanz bleibt die Wirkung der Zollpolitik ambivalent. Von Januar bis August 2026 lag das US-Handelsbilanzdefizit laut BEA bei Waren und Dienstleistungen um 19,9 Prozent unter dem Vorjahresniveau. So wuchsen die Exporte mit 11,8 Prozent deutlich stärker als die Importe mit 4,4 Prozent. Im August weitete sich das monatliche Defizit allerdings wieder auf 105,6 Milliarden US-Dollar aus.

Gerade der KI-Boom verdeutlicht die Zielkonflikte der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik: Während Investitionen in Rechenzentren die heimische Wirtschaft antreiben, erhöhen sie zugleich die Nachfrage nach importierten Halbleitern und anderen Investitionsgütern. Nach Berechnungen von ING haben sich die technologiebezogenen Einfuhren binnen zwei Jahren auf rund 60 Milliarden US-Dollar monatlich verdreifacht.

Mit 372 Großinsolvenzen im ersten Halbjahr 2026 erreichten die USA den höchsten Stand seit 2010.

Hinzu kommen die wirtschaftlichen Kosten der Zölle. Eine Untersuchung des Kiel Institut for the World Economy (Kiel Instituts für Weltwirtschaft, IfW Kiel) auf Grundlage von mehr als 25 Millionen Lieferungen kommt zu dem Ergebnis, dass ausländische Exporteure lediglich rund vier Prozent der Zollbelastung tragen. Der überwiegende Teil entfällt auf US-Importeure und wird teilweise an Unternehmen und Verbraucher*innen weitergegeben. Zwar stieg dem Penn Wharton Budget Model zufolge der durchschnittliche effektive Zollsatz zwischen Januar 2025 und Juli 2026 von 2,3 auf 6,7 Prozent, und die neuen Zölle erbrachten bis Juli 2026 Bruttoeinnahmen von 298,5 Milliarden US-Dollar. Ihre fiskalische Wirkung wurde jedoch durch ein Urteil des Obersten Gerichtshofes vom 20. Februar 2026 erheblich geschwächt. Nachdem das Gericht entschieden hatte, dass der IEEPA keine Rechtsgrundlage für Trumps Sonderzölle bietet, standen nach Angaben der US-Zollbehörde rund 166 Milliarden US-Dollar an bereits erhobenen Zöllen zur Rückerstattung an. Das CBO erwartete, dass der Großteil noch im Haushaltsjahr 2026 zurückgezahlt würde.

Trotz des robusten Wirtschaftswachstums bleibt die Stimmung in der US-Wirtschaft und Bevölkerung angespannt. Hohe Kosten, handelspolitische Unsicherheit und Sorgen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung belasten Unternehmen und Verbraucher*innen. Im ersten Halbjahr 2026 meldeten laut CFO Dive 372 größere Unternehmen Insolvenz an, der höchste Wert für diesen Zeitraum seit 2010. Auch das Verbrauchervertrauen ist schwach: Im September fiel der Verbraucherstimmungsindex der University of Michigan auf 48,1 Punkte. Vor allem die hohen Lebenshaltungskosten und die Sorge vor weiteren Preissteigerungen drücken auf die Stimmung der Haushalte. Hinzu kommt, dass viele Amerikaner*innen nur begrenzt von den positiven Wachstumszahlen profitieren. Während steigende Aktienkurse vor allem die Vermögen einkommensstarker Haushalte erhöhen, spüren Haushalte mit geringeren Einkommen weiterhin den Druck hoher Preise.

Zwischenwahlen 2026: Trumps Wirtschaftspolitik auf dem Prüfstand

Am 3. November 2026 wählen die USA einen neuen Kongress. Zur Wahl stehen alle 435 Sitze im Repräsentantenhaus sowie 35 der 100 Senatssitze, darunter zwei Nachwahlen. Die Republikaner*innen verfügen derzeit in beiden Kammern über eine Mehrheit, allerdings mit nur geringem Vorsprung im Repräsentantenhaus. Den Demokrat*innen fehlen dort drei, im Senat vier Sitze, um die Mehrheit zu gewinnen. Zwischenwahlen gelten traditionell als Abstimmung über den amtierenden Präsidenten. Seit 1946 konnte die Partei des amtierenden Präsidenten nur zweimal Sitze im Repräsentantenhaus hinzugewinnen, 1998 und 2002. Während Trumps erster Amtszeit verloren die Republikaner*innen 2018 insgesamt 41 Sitze.

Die Zwischenwahlen gelten als Abstimmung über die Politik des amtierenden Präsidenten.

Auch die landesweiten Umfragen deuten auf einen Vorsprung der Demokraten hin. Nach dem von den Wahlforschern Nate Silver und Eli McKown-Dawson veröffentlichten Umfragedurchschnitt im Silver Bulletin lagen die Demokraten am 23. Oktober 2026 beim sogenannten Generic Congressional Ballot – der Frage nach der bevorzugten Partei bei den Kongresswahlen – mit 9,1 Prozentpunkten vor den Republikanern. Das Meinungsforschungsinstitut Pew Research Center (Pew) ermittelte einen Vorsprung von 44 zu 36 Prozent. Im Senat ist das Rennen dagegen offener: Hier sah Fox News beide Parteien bei jeweils 47 Sitzen, während sechs Rennen als umkämpft galten. Die landesweiten Umfragen lassen sich allerdings nur eingeschränkt auf die einzelnen Wahlkreise und Bundesstaaten übertragen. Zudem können neue Wahlkreiszuschnitte, unter anderem in Kalifornien und Texas, das Ergebnis beeinflussen.

65 Prozent der Befragten waren der Ansicht, dass Trump die wirtschaftliche Lage verschlechtert habe.

Im Mittelpunkt des Wahlkampfs stehen die Lebenshaltungskosten („Affordability"). Laut Pew betrachten 84 Prozent der registrierten Wähler*innen die Wirtschaft als sehr wichtig für ihre Wahlentscheidung, deutlich vor Migration (59 Prozent) und Gewaltkriminalität (52 Prozent). Besonders stark gewachsen ist die Sorge über Energiepreise: 74 Prozent zeigen sich darüber sehr besorgt, gegenüber 43 Prozent im Januar 2026. Der militärische Konflikt mit dem Iran hat diese Sorgen verschärft. Laut CBS News erwarten 93 Prozent der registrierten Wähler*innen dadurch höhere Öl- und Benzinpreise. Für 72 Prozent der Wähler*innen stellen die gestiegenen Preise eine finanzielle Belastung dar.

Die Prioritäten unterscheiden sich nach Parteizugehörigkeit. Für Anhänger*innen der Republikanischen Partei ist Migration mit 72 Prozent weiterhin zentral, unter Anhänger*innen der Demokraten sind es 53 Prozent. Die Wirtschaft liegt bei beiden laut CBS News vorn, ihr Gewicht hat sich jedoch verschoben: Unter Wähler*innen der Demokraten stieg ihre Bedeutung seit 2022 um 23 Prozentpunkte auf 88 Prozent, unter Wähler*innen der Republikaner sank sie um 10 Prozentpunkte auf 82 Prozent.

Die Unzufriedenheit richtet sich zunehmend gegen seine Wirtschaftspolitik. Laut Pew sind 65 Prozent der Befragten der Ansicht, dass Trump die wirtschaftliche Lage verschlechtert habe. Nach CBS News bevorzugen 56 Prozent der wahrscheinlichen Wähler*innen Kandidat*innen, die Trumps Zollpolitik ablehnen;

lediglich 30 Prozent unterstützen Befürworter*innen.

Ein wesentlicher Faktor ist zudem die sinkende Zustimmung für Trump. Laut Pew fiel sie von 47 Prozent zu Beginn seiner zweiten Amtszeit auf 30 Prozent Anfang Oktober 2026. Für 44 Prozent der registrierten Wähler*innen ist die Kongresswahl ausdrücklich ein Votum gegen Trump, während sie nur 19 Prozent als Unterstützung für den Präsidenten verstehen.

Auch bei seinen Kernwähler*innen verliert Trump an Rückhalt. Unter Republikaner*innen lag die Zustimmung im August bei 80 Prozent, nach Verasight (Poll) im September bei 71 Prozent. Die Partei ist dabei gespalten: Anhänger*innen der Bewegung „Make America Great Again“ (MAGA), etwa die Hälfte der Republikaner*innen, stehen zu 95 Prozent hinter Trump, Republikaner*innen ohne MAGA-Bezug zu 59 Prozent. Trumps Umgang mit der Inflation lehnen 66 Prozent der Republikaner*innen ohne MAGA-Bezug ab, 49 Prozent von ihnen nennen die Inflation als wichtigstes Thema.

Besonders ausgeprägt ist die Verschiebung unter hispanischen Wähler*innen. Trump konnte seinen Stimmenanteil in dieser Gruppe zwischen 2020 und 2024 von 36 auf 48 Prozent steigern. Im Oktober 2026 bevorzugten laut Pew jedoch 51 Prozent der Befragten demokratische und nur 24 Prozent republikanische Kandidat*innen; ein Viertel war unentschieden. Auch hier stehen die Lebenshaltungskosten an erster Stelle. Gleichzeitig belastet die restriktive Migrationspolitik der Administration das Verhältnis zu dieser Wählergruppe. Laut UnidosUS nennen 33 Prozent Festnahmen und Abschiebungen als einen der wichtigsten Gründe für ihre Haltung gegenüber Trump; 44 Prozent berichten von Ängsten vor Festnahmen selbst bei legalem Aufenthaltsstatus oder US-Staatsbürgerschaft.

Was dies für Deutschland bedeutet

Die Zwischenwahlen vom 3. November 2026 könnten die politischen Kräfteverhältnisse in Washington verändern, eine grundlegende Neuausrichtung der Trumponomics ist jedoch kaum zu erwarten. Gewinnen die Demokraten die Mehrheit in einer oder beiden Kammern, könnten sie neue Steuer- und Ausgabengesetze blockieren, stärker Einfluss auf den Bundeshaushalt nehmen und die Regierung durch Anhörungen und Untersuchungsausschüsse stärker kontrollieren. Trumps Handlungsspielraum in der Handels- und Industriepolitik bliebe dagegen in wesentlichen Bereichen bestehen. Auf Grundlage bestehender gesetzlicher Befugnisse kann die Administration weiterhin Zölle erheben, Exportkontrollen verhängen, ausländische Investitionen beschränken und industriepolitische Maßnahmen umsetzen. Der Kongress könnte diese Kompetenzen gesetzlich begrenzen, müsste dafür aber entsprechende Mehrheiten organisieren und gegebenenfalls ein Präsidentenveto überwinden.

Eine grundlegende Neuausrichtung der Trumponomics ist auch nach den Zwischenwahlen nicht zu erwarten.

Deutschland und Europa sollten sich also darauf einstellen, dass der wirtschaftspolitische Kurs der USA auch nach den Zwischenwahlen in wesentlichen Teilen fortbestehen wird. Protektionismus, die Förderung strategischer Industrien, Economic Security und der technologische Wettbewerb mit China sind längst keine ausschließlich republikanischen Positionen mehr. Unterschiede zwischen den Parteien bestehen vor allem bei der Wahl der Instrumente, der internationalen Zusammenarbeit sowie in der Klima- und Energiepolitik.

Die USA bleiben ein unverzichtbarer Han-

dels-, Investitions- und Technologiepartner. Zugleich werden wirtschaftliche Beziehungen zunehmend unter sicherheitspolitischen und geopolitischen Gesichtspunkten gestaltet. Zölle, Exportkontrollen und industriepolitische Anreize schaffen neue Unsicherheiten für deutsche Unternehmen und erhöhen den Druck, Produktionskapazitäten in die USA zu verlagern.

Europa sollte an einer offenen, regelbasierten Handelsordnung festhalten.

Dieser Wandel trifft Deutschland in einer Phase schwacher struktureller Dynamik. Zwar erwarten Bundesregierung und Wirtschaftsforschungsinstitute für 2026 ein Wachstum von 1,3 Prozent und für 2027 von 1,1 Prozent, doch hohe Energie- und Bürokratiekosten, Fachkräftemangel und wachsender Wettbewerbsdruck aus China belasten die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die US-amerikanische Wirtschaftspolitik verschärft damit Probleme, deren Ursachen zu einem erheblichen Teil in Deutschland und Europa selbst liegen. Die wirtschaftspolitische Antwort sollte deshalb vor allem auf die Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit ausgerichtet sein. An erster Stelle stehen bessere Investitionsbedingungen, niedrigere Energie- und Bürokratiekosten, schnellere Genehmigungsverfahren und eine konsequente Vertiefung des europäischen Binnenmarkts. Insbesondere die Integration der Kapital-, Energie- und digitalen Märkte könnte Innovationen erleichtern, Unternehmenswachstum fördern und die Finanzierung neuer Technologien verbessern.

Zugleich muss Europa seine wirtschaftliche Sicherheit stärken. Dafür sollten kritische Abhängigkeiten insbesondere bei Rohstoffen, Halbleitern, KI und anderen Schlüsseltechnologien gezielt reduziert werden. Entscheidend ist eine Strategie, die Diversifizierung, internationale Partnerschaften und den Aufbau eigener technologischer Fähigkeiten miteinander verbindet. Eine umfassende Rückverlagerung internationaler Wertschöpfungsketten wäre dagegen kostspielig und könnte die Wettbewerbsfähigkeit zusätzlich beeinträchtigen. Neue Handelsabkommen mit aufstrebenden Wirtschaftsräumen können Absatz- und Beschaffungsmärkte verbreitern, die wirtschaftlichen Verflechtungen mit den USA und China jedoch nur schrittweise ergänzen. Europa sollte deshalb an einer offenen, regelbasierten Handelsordnung festhalten und sich zugleich wirksamer gegen wirtschaftlichen Druck und unfaire Wettbewerbspraktiken schützen.

Schließlich braucht Deutschland eine pragmatische und langfristig angelegte transatlantische Wirtschaftsstrategie. Dazu gehört, handelspolitische Konflikte möglichst auf europäischer Ebene zu lösen, bestehende Kooperationsfelder in Forschung, Technologie, Energie und kritischen Lieferketten auszubauen und die Beziehungen zu Kongress, Bundesstaaten und US-amerikanischen Unternehmen systematisch zu pflegen. Zugleich sollte Europa seine wirtschaftspolitischen Interessen geschlossen vertreten und bei Bedarf seine handelspolitischen Schutzinstrumente einsetzen. Gerade weil wirtschaftliche Sicherheit in Washington parteiübergreifend an Bedeutung gewonnen hat, müssen Deutschland und die EU gemeinsame Interessen identifizieren, ohne von einer baldigen Rückkehr zur früheren US-amerikanischen Handelspolitik auszugehen.

Dr. Stormy-Annika Mildner

Executive Director,

Aspen Germany

Emily Haas

Project Assistant at Aspen Germany at the time of the research; Sociology, University of Amsterdam

Kimberly Locher

Project Assistant at Aspen Germany at the time of the research; War and Conflict Studies, University of Potsdam

Laurenz Röll

Project Assistant at Aspen Germany at the time of the research; M.Sc. candidate in Economics.

Die Autor*innen bedanken sich bei **Elisabeth Menne**, Project Assistant bei Aspen Germany für den Faktencheck.

Die Aspen *Spot Ons* sind als kompakte Analysen konzipiert und verzichten daher auf Quellenangaben im Fließtext. Die zugrunde liegenden Quellen sind dokumentiert und können auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden.

Dieser Text stellt die persönliche Ansicht des Autors / der Autorin dar. Der Autor / die Autorin spricht ausdrücklich nicht im Namen der mit ihm / ihr assoziierten Institution. KI-basierte Tools wurden lediglich zur Unterstützung der Recherche, der sprachlichen Überarbeitung und des Korrekturlesens eingesetzt. Alle Inhalte wurden vom Projektteam geprüft und verifiziert.

Über diese Reihe

Mit dem Kurzdossier *Spot On* verleiht das Aspen Institute Deutschland ausgewählten Autor*innen eine Stimme, um das aktuelle Zeitgeschehen zu analysieren und zu reflektieren. Das Format dient dem offenen Diskurs zu drängenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen und Chancen.

Herausgeberschaft: Aspen Institute Deutschland e.V.
ISSN: 2748-2480
Redaktion: Dr. Stormy-Annika Mildner
Design & Layout: Emily Haas, Elisabeth Menne